

## Niederschrift

über die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.09.2016  
(10. Wahlperiode)

### T a g e s o r d n u n g

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1</b> <b>Einwohnerfragestunde</b> .....	4
<b>2</b> <b>Qualitätsentwicklung in den Kindertageseinrichtungen - Sachstand inklusive Betreuung Vorlage: FB2/0136/2016</b> .....	4
<b>3</b> <b>Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primärbereich Vorlage: FB2/0477/2016</b> .....	5
<b>4</b> <b>Stadtranderholung 2016 - Sachstand Vorlage: FB2/0131/2016</b> .....	5
<b>5</b> <b>Förderung der Familienbildung in 2016 Vorlage: FB2/0447/2016</b> .....	6
<b>6</b> <b>Bericht JuCa - Mittelverwendung 2015 Vorlage: FB2/0446/2016</b> .....	7
<b>7</b> <b>Aufhebung des Sperrvermerkes der Haushaltsmittel für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Salafismus Vorlage: FB2/0443/2016</b> .....	8
<b>8</b> <b>Aufhebung eines Sperrvermerkes zur Ersatzbeschaffung von Spielgeräten Vorlage: SB11/0448/2016</b> .....	9
<b>9</b> <b>Spielplatzkonzept 2030 Vorlage: FB2/0444/2016</b> .....	9
<b>10</b> <b>Errichtung einer Skateranlage auf dem städtischen Grundstück Flurstück 153, Gem. Strümp, Flur 10, B-Plan 277, durch die querkopf-akademie gUG Vorlage: FB2/0449/2016</b> .....	10
<b>11</b> <b>Anfragen</b> .....	13
<b>12</b> <b>Anträge</b> .....	13
<b>12.1</b> <b>Antrag der FDP-Fraktion vom 06.09.2016 zu TOP 3 - Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen Vorlage: FB2/0140/2016</b> .....	14
<b>13</b> <b>Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	14
<b>14</b> <b>Termin der nächsten Sitzung: 17. November 2016</b> .....	14
<b>15</b> <b>Verschiedenes</b> .....	14

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende**

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Georg Neuhausen  
abwesend von 18.45 Uhr bis 19.00  
Uhr  
Vertretung für Herrn Jürgen Eimer  
von 18.45 Uhr bis 19.00 Uhr

**von der FDP-Fraktion**

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

**Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind**

Frau Sigrid Brennecke NABU

Frau Andrea Knigge-Meitza Vertretung für Frau Elisabeth Funke

Herr Markus Lange BDKJ

Herr Daniel Marzinik Jugendfeuerwehr Meerbusch

**Beratende Mitglieder**

Frau Martina Ketzer Evangelische Kirchengemeinde

Frau Julia Lehmann Katholische Kirchengemeinden

Frau Isabelle von Rundstedt Jugendamtselternbeirat

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Vertreter der Stadt

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Frau Beate Enzel Fachbereich 2

Frau Beate Peters Fachbereich 2

Frau Susanne Rieth Fachbereich 2

Frau Birgit Smitmans Fachbereich 2

**Gäste**

Frau Bundrock-Muhs, Ulla

**Schriftführerin**

Frau Angela Römmler-Graf

Fachbereich 2

es fehlen:

**von der SPD-Fraktion**

Herr Georg Neuhausen

Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Monika Driesel

Sachkundige Bürgerin

**In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen**

Herr Christian Bößen

Förderkreis Lanker Pfadfinder  
e.V.**Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind**

Frau Karin Solbach-Kandel

AWO

**Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind**

Frau Elisabeth Funke

OBV Meerbusch e.V.

**Beratende Mitglieder**

Herr Frank Bachmann

Untere Schulaufsichtsbehörde

Herr Hans-Jürgen Barbarino

Stadtjugendring

Herr Stephan Engel

Polizeibehörde

Herr Peter Schmitz

Agentur für Arbeit

Frau Katja Schulz

Integrationsrat

Herr Ulrich Steeger

Familiengericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Ihr Vorschlag, TOP 10 – Errichtung einer Skateranlage – vorzuziehen, wird einvernehmlich angenommen. Der Bitte von Rats-herrn Banse, im Anschluss auch TOP 6 – Bericht JuCa / Mittelverwendung 2015 – vorzuziehen, wird ebenfalls zugestimmt. Sonstige Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Sodann wird das ordentliche Ausschussmitglied Andrea Knigge-Meitza in ihr Amt eingeführt und mit Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben verpflichtet.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Angelika Schumann bittet unter Bezug auf das unter TOP 9 vorgestellte Spielplatzkonzept 2030 um Auskunft, warum der Spielplatz Am Lindchen in Meerbusch-Osterath zur Schließung vorgeschlagen und ob Bürgerbeteiligung möglich sei.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert, dass das Spielplatzkonzept 2030 von der Verwaltung in einer fachübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeitet worden sei und den entscheidungsbefugten Gremien auf Basis einer konzeptionellen Bewertung der Spielflächen in Meerbusch als Arbeitsgrundlage dienen solle. Die Beschlüsse zu den einzelnen Maßnahmen würden zu gegebener Zeit nach entsprechender Beratung von diesen Gremien getroffen. Wie auch bereits in der Vergangenheit könne sich jeder Interessierte in das einzelne Projekt einbringen.

Markus Schmitz vom Elternbeirat der städt. Kindertageseinrichtung „Lummerland“ bittet unter Bezug auf den Informationsstand aus der letzten Ausschusssitzung hinsichtlich der in der Kita geplanten Notgruppe um Mitteilung über den aktuellen Stand.

Erster Beigeordneter Maatz berichtet, dass zu dem in der Mai-Sitzung dargelegten Planungsstand positive Veränderungen zu vermelden seien. So habe der Eigentümer der alten Kindertageseinrichtung Am Sonnengarten angeboten, das Gebäude für eine Dependance der Kita „Lummerland“ mit einer Gruppe zu nutzen. Damit sei von allen vorher angedachten Provisorien die beste Lösung gefunden. Die Vorbereitungen für die Inbetriebnahme am 01.10.2016 würden derzeit getroffen.

Ergänzend führt er aus, dass diese an sich unter TOP 13 – Bericht der Verwaltung – vorgesehene Information hiermit bereits erfolgt sei.

### **2 Qualitätsentwicklung in den Kindertageseinrichtungen - Sachstand inklusive Betreuung Vorlage: FB2/0136/2016**

Fachbereichsleiter Annacker berichtet zum Stand der inklusiven Betreuung in den Kindertageseinrichtungen, dass alle Kinder mit einer festgestellten Behinderung im vergangenen und im laufenden Kindergartenjahr einen Platz in einer Kindertageseinrichtung erhalten haben, soweit dies gewünscht gewesen sei.

Im Anschluss berichtet der Jugendamtselternbeirat – vertreten durch die Vorsitzende Isabelle von Rundstedt – anhand einer PowerPoint-Präsentation über die Ergebnisse einer in Absprache mit dem Jugendamt durchgeführten Befragung zur gesunden Ernährung in allen 24 Kindertageseinrichtungen in Meerbusch. Im Ergebnis sei festzustellen, dass überwiegend auf gute Ernährung geachtet werde, in einzelnen Bereichen könne nachgebessert werden. Dies seien Themen für die Zukunft.

Die Präsentation liegt der Niederschrift bei.

### **3        Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich Vorlage: FB2/0477/2016**

#### **Beschluss:**

Die Beschlussfassung wird vertagt.

**Abstimmungsergebnis:**        einstimmig

Ratsherr Fliege beantragt die Vertagung der Beschlussvorlage.

Ratsherr Jörgens unterstützt die Vertagung und verweist auf den ergänzenden Antrag der FDP-Fraktion unter TOP 12.1.

Nach kurzer Diskussion über die Erforderlichkeit einer interfraktionellen Arbeitsgruppe wird dem Vertagungsantrag einvernehmlich zugestimmt. Auf Anregung von Ratsherrn Jörgens sollen die von den Fraktionen zu entwickelnden Vorschläge kommuniziert und interfraktionell diskutiert werden.

Zur Haushaltsberatung 2017 soll ein mehrheitsfähiger Beschlussvorschlag vorgelegt werden.

### **4        Stadtranderholung 2016 - Sachstand Vorlage: FB2/0131/2016**

Frau Rieth berichtet über die erstmals in neuer Konzeption durchgeführte Stadtranderholung 2016. Die wesentlichen Änderungen liegen in der Verkürzung der Betreuungstage je Maßnahme von bisher 10 auf nunmehr 8 Tage sowie den gleichbleibenden Veranstaltungsort auf dem Sportplatz Pappelallee in Meerbusch-Lank. Dies habe zu einer erheblichen Reduzierung des Organisationsaufwandes, insbesondere durch Wegfall von zweifachem Auf- und Abbau geführt. Zudem sei es nun möglich, Kinder für beide in Folge stattfindenden Maßnahmen anzumelden, was für manche Eltern die Betreuungsfrage in den Sommerferien lösen helfe. Die Maßnahme für die Lanker Kinder sei mit 120 Anmeldungen ausgebucht gewesen, die 2. Staffel vorrangig für die Kinder aus Büderich und Osterath dagegen mit 40 Anmeldungen nur begrenzt nachgefragt. Dies sei aber im Wesentlichen den Anfangsschwierigkeiten geschuldet. Durch jetzt mögliche frühzeitigere Information sei im nächsten Jahr mit einer höheren Nachfrage zu rechnen.

Frau Rieth betont die Bedeutung der städtischen Ferienaktion nicht nur für die betreuten Kinder, sondern auch für die überwiegend noch minderjährigen Betreuer. Diese hätten durch die verantwortungsvolle Tätigkeit die Gelegenheit, prägende Lebenserfahrungen zu machen und auch ein Berufs-

feld zu testen. Regelmäßig gingen anschließend positive Rückmeldungen von Eltern über die Entwicklung ihrer Kinder im Rahmen der Betreuer Tätigkeit ein.

Im Anschluss berichtet die pädagogische Leiterin der Stadtranderholung, Frau Enzel, anhand einer Fotoauswahl über die Maßnahme unter dem Motto „Wildes Afrika“. Das Thema sei vielseitig bearbeitet worden und im Rahmen des Abschlussfestes sei ein Betrag in Höhe von 500 € als Spende für Kinder aus Äthiopien zusammen gekommen. Dieser Betrag sei heute gemeinsam mit den Kindern an die Hilfsorganisation Plan International überwiesen worden. Wenn es in den Vorjahren auch vereinzelte Kritik an der Maßnahme gegeben habe, so habe sie dieses Jahr aus der Elternschaft ausschließlich positive Resonanz erhalten. Insgesamt sei die neue Konzeption als Erfolg anzusehen.

Vorsitzende Schoppe dankt für die Information und äußert ihre Zuversicht, dass sich die neue Konzeption auch im kommenden Jahr bewähren werde.

## 5 Förderung der Familienbildung in 2016 Vorlage: FB2/0447/2016

### Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, für das Jahr 2016 an die zurzeit fünf im Stadtgebiet Meerbusch aktiven Träger der Familienbildung städtische Zuschüsse für Angebote, die gemäß § 16 KJHG die Förderung der Erziehung in der Familie durch Beratung in Fragen der Erziehung, Stärkung der Erziehungskompetenz von Müttern und Vätern, Förderung des Kontaktes zwischen Eltern und Kindern, beinhalten und die für Meerbuscher Bürger/Innen in Meerbusch stattfinden, wie folgt zu zahlen:

<i>AWO Bildungswerk der Generationen gGmbH</i>		
Unterrichtsstunden lt. Anmeldung des Trägers	40 x 3,45 €	138,00 €
<i>Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Grevenbroich e.V.</i>		
Unterrichtsstunden lt. Anmeldung des Trägers	842 x 3,45 €	2.904,90 €
<i>Forum Kath. Forum für Familienbildung Krefeld-Viersen</i>		
Unterrichtsstunden lt. Anmeldung des Trägers	58 x 3,45 €	200,10 €
<i>Der Paritätische Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Rhein-Kreis Neuss</i>		
Unterrichtsstunden lt. Anmeldung des Trägers	76 x 3,45 €	262,20 €
<i>Familienforum Edith Stein Neuss</i>		
Unterrichtsstunden lt. Anmeldung des Trägers	604 x 3,45 €	2.083,80 €
<b>Insgesamt:</b>		<b><u>5.589,00 €</u></b>

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Beschlussfassung erfolgt nach Vorlage ohne weitere Beratung.

## 6 Bericht JuCa - Mittelverwendung 2015 Vorlage: FB2/0446/2016

### Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem OBV Meerbusch e.V. für das JuCa den in den Jahren 2013 bis 2015 erzielten Einnahmeüberschuss in Höhe von 9.851,65 € im Jahr 2016 für den Ausbau zusätzlicher, zielgruppenspezifischer Angebote, die die Attraktivität der Einrichtung weiter steigern sollen, zur Verfügung zu stellen und erst mit der Endabrechnung des Jahres 2016 ggf. zuschussmindernd für den Zuschuss des Jahres 2017 zu verrechnen.

### Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
SPD	1		
FDP		1	
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG			1
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen			
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind			
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	3		
<b>Gesamt:</b>	<b>8</b>	<b>1</b>	<b>1</b>

Vor Einstieg in die Beratung erklären sich Ratsherr Eimer und sachkundige Bürgerin Knigge-Meitza für befangen und nehmen weder an Beratung noch Abstimmung teil. Ratsherr Eimer wird von Ratsfrau Niederdellman-Siemes vertreten.

Erster Beigeordneter Maatz verweist eingangs auf das in Zusammenhang mit dem Verwendungsnachweis 2014 formulierte Anliegen des Ausschusses, die Beratung zum JuCa fortzusetzen, sobald der Verwendungsnachweis 2015 vorliege. Die Daten stünden nun zur Verfügung; alles Weitere sei der Beratungsvorlage zu entnehmen.

Auf Nachfrage von sachkundigem Bürger Lange führt Erster Beigeordneter Maatz ergänzend aus, dass entsprechend der mit dem OBV getroffenen Vereinbarung ein sich in den ersten drei Jahren ergebender Einnahmeüberschuss der Einrichtung verbleiben könne und für den Ausbau zielgruppenspezifischer Angebote und damit profilschärfend einzusetzen sei.

Herr Eimer erläutert in seiner Funktion als Geschäftsführer des OBV, dass der Einnahmeüberschuss aus den Vorjahren in 2016 bereits weitgehend für Nachforderungen des Vermieters und der WBM aufgebraucht seien. Zudem sei eine Mieterhöhung abzufangen. Aktuell werde von einem ausgeglichenen Jahresergebnis ausgegangen. Erfreulich sei zudem, dass die Besucherzahl des Jahres 2015 bereits Ende August 2016 erreicht und eine weitere Zunahme zu erwarten sei.

Zur Erweiterung der Angebote des JuCa seien in einem internen Kreativworkshop Ideen für zusätzliche Aktivitäten entwickelt worden. Nach tendenziell negativer Presseberichterstattung habe das JuCa viel Zuspruch für seine gute Arbeit erhalten. Das JuCa befinde sich auf einem guten Weg, auch gemeinsam mit Kooperationspartnern weitere Angebote für Kinder und Jugendliche zu entwickeln. Wenngleich die Priorität selbstverständlich in der Kinder- und Jugendarbeit liege, seien weiterhin

auch Erwachsene im JuCa willkommen. Auch auf diesem Weg könne die Akzeptanz des JuCa gefördert werden. Sein Engagement auch für das bürgerliche Gemeinwesen habe das JuCa zu keinem Zeitpunkt verhehlt.

Ratsherr Jörgens verweist trotz des von Herrn Eimer geschilderten positiven Ausblicks auf die schlechten Besucherzahlen der Vergangenheit. Der von ihm erbetenen Differenzierung der Besucher nach Altersgruppen kann Herr Eimer nicht entsprechen, da weder eine Befragung der Besucher noch eine Alterseinschätzung durch die Mitarbeiter erfolge. Ratsherr Jörgens hält entsprechende Angaben für erforderlich, um festzustellen, ob das JuCa die Jugendlichen als seine Hauptzielgruppe überhaupt erreiche.

Ratsherr Wartchow bekräftigt die Unterstützung des JuCa durch die CDU-Fraktion. Das JuCa zum zentralen Jugendtreffpunkt in Meerbusch aufzubauen, dauere Jahre. Es sei daher sinnvoll, freie Kapazitäten auch Anderen zur Verfügung zu stellen. Auch dies diene dazu, das JuCa bekannter zu machen. Zudem leiste das JuCa einen erheblichen Beitrag im Bereich der Flüchtlingsarbeit und Integration. Dem Engagement in diesem besonders schwierigen Bereich gelte sein besonderer Dank. Er plädiere daher für die Zustimmung zum Beschlussvorschlag und sei von einer weiteren Verbesserung im nächsten Bericht überzeugt.

Auch Ratsherr Fliege dankt dem OBV für seine Arbeit und spricht sich für die weitere Unterstützung des Vereins aus. Zudem regt er an, Ratsfrau Niederdellmann-Siemes möge sich im Aufsichtsrat der WBM für ein Stromsponsoring zugunsten des JuCa einsetzen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes nimmt diese Anregung positiv auf und wird das Thema in der nächsten Aufsichtsratssitzung ansprechen. Weiter führt sie aus, dass bereits viel Gutes angesprochen worden sei und die Etablierung des JuCa einfach Zeit brauche. Dies wolle sie ergänzen um den Hinweis, dass im Rahmen des Partizipationsprojektes auch die Flexibilisierung des ÖPNV angedacht sei. Angesichts des knappen Zeitfensters, das Jugendlichen für den Besuch von Einrichtungen wie des JuCa zur Verfügung stehe, sollte die bessere Anbindung des JuCa als praktische Unterstützung Ziel sein. Zudem sehe sie in der Unterstützung auch der Gemeinwesenarbeit in Meerbusch ebenfalls die Chance, die Akzeptanz des JuCa zu erhöhen.

Ratsfrau Glasmacher unterstützt die Argumentation von Ratsherrn Jörgens und hält eine Erfassung der Besucher über ein halbes Jahr für sinnvoll, um Kenntnis über die Altersstruktur der Besucher zu erhalten. Gleichzeitig regt sie eine verstärkte Werbung für die Veranstaltungen des JuCa an. Bezüglich eines möglichen Einsparpotentials bei den Personalkosten erläutert Herr Eimer, dass eine Ausweitung des Angebotes in der Regel mit erhöhten Personalkosten insbesondere im Gastronomiebereich einhergehe. Es sei aber ständiges Anliegen, die Kosten so gering wie möglich zu halten.

Anschließend erfolgt die mehrheitliche Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

**7 Aufhebung des Sperrvermerkes der Haushaltsmittel für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Salafismus**  
**Vorlage: FB2/0443/2016**

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den Sperrvermerk des Produktsachkontos 060 362 010 - 54314300 aufzuheben und die Mittel für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Salafismus bereit zu stellen.



**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Die Beschlussfassung erfolgt nach Vorlage ohne weitere Beratung.

**8        Aufhebung eines Sperrvermerkes zur Ersatzbeschaffung von Spielgeräten**  
**Vorlage: SB11/0448/2016**

**Beschluss:**

1. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, vorbehaltlich der späteren Zustimmung des Jugendhilfeausschusses, den Sperrvermerk zum Projektkonto "Sanierung der Spielplätze – Erwerb von beweglichem Vermögen +410 €" in Höhe von 56.000 € aufzuheben.

2. Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Aufhebung des Sperrvermerkes zum Projektkonto Sanierung der Spielplätze – Erwerb von beweglichem Vermögen +410 €" in Höhe von 56.000 € zu.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Die Beschlussfassung erfolgt nach Vorlage ohne weitere Beratung.

**9        Spielplatzkonzept 2030**  
**Vorlage: FB2/0444/2016**

**Beschluss:**

Die Beschlussfassung wird vertagt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Ratsherr Eimer stellt eingangs den Antrag auf Vertagung. Zur Begründung führt er aus, dass hier ein umfangreiches Konzept vorgelegt worden sei, an dem sowohl Politik als auch die Bürger beteiligt werden sollten. Die in dem Konzept enthaltenen Empfehlungen müssten anhand einer stärkeren Beteiligung – ähnlich der ehemaligen Spielplatzkommission – diskutiert werden. In vielen Wohnsiedlungen fände ein Wechsel der Generationen statt, so dass derzeit nur begrenzt über Schließungen entschieden werden könne. Es sei daher das Anliegen der SPD-Fraktion, die Empfehlungen genauer zu prüfen, wenn nicht die Reduzierung des Pflegeaufwandes vorrangiges Ziel der Verwaltung sei. Möglicherweise sei eine Beratung im Ausschuss nach Ortsteilen zielführend.

Vorsitzende Schoppe dankt zunächst der Verwaltung für das umfangreiche Konzept und weist darauf hin, dass dieses Planwerk das Ergebnis einer erstmaligen methodischen Erfassung aller Spielplätze im Stadtgebiet darstelle. Eben diese methodische Herangehensweise müsse bei der weiteren Diskussion Berücksichtigung finden.

Ratsherr Banse unterstützt den Vertagungsantrag. Er verweist auf die von Bürgermeisterin Frau Mielke-Westerlage im Ältestenrat verkündete Absicht, die Bürgerschaft künftig vermehrt in Entscheidungen einzubeziehen. Das Spielplatzkonzept sei gut geeignet, unter Beteiligung der Bürger z.B. Prioritätenlisten zu erarbeiten, ohne dabei jedoch Entscheidungen festzuschreiben.

Vorsitzende Schoppe ergänzt, dass bei jeglicher Errichtung von Spielplätzen immer eine öffentliche Anhörung zur Bürgerbeteiligung erfolge. Sich daraus ergebende Änderungswünsche würden grundsätzlich Berücksichtigung finden. Sie betone daher nochmals die Wichtigkeit, die für die Bewertung angewendeten Methoden zu prüfen. Im Übrigen handele es sich zunächst lediglich um ein Konzept, aus welchem sich noch keine Entscheidungen ergäben.

Erster Beigeordneter Maatz führt nochmals aus, dass die fachübergreifende Arbeitsgruppe eine konzeptionelle Empfehlung zur Orientierung bei der Beratung über die einzelnen Maßnahmen vorgelegt habe. Diese Beratung erfolge zu jeweils gegebener Zeit - wie bereits in der Vergangenheit und entsprechend der Erklärung der Bürgermeisterin Frau Mielke-Westerlage - unter Beteiligung der Öffentlichkeit.

Sodann erfolgt die einvernehmliche Vertagung der Beschlussfassung.

**10 Errichtung einer Skateranlage auf dem städtischen Grundstück Flurstück 153, Gem. Strümp, Flur 10, B-Plan 277, durch die querkopf-akademie gUG  
Vorlage: FB2/0449/2016**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften zu beschließen, das Grundstück im Landschaftspark Buschend, Flurstück 153, Gem. Strümp, Flur 10, B-Plan 277 mit rd. 3.600 qm für den Bau eines Skaterparks im Rahmen eines Partizipationsprojektes durch die querkopf-akademie gUG (haftungsbeschränkt) unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Sobald die Finanzierung zur Errichtung der Skateranlage sicher gestellt ist, kann mit dem Bau der Anlage begonnen werden. Das Grundstück verbleibt im Besitz der Stadt Meerbusch. Nach Beendigung der Baumaßnahme geht die gebaute Skateranlage inkl. aller Nebenanlagen in den Besitz der Stadt Meerbusch über.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen			
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind			
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	3	1	
<b>Gesamt:</b>	<b>11</b>	<b>1</b>	

Zu Beginn stellt Frau Bundrock-Muhs kurz das von der querkopf akademie durchgeführte Partizipationsprojekt – Jugendbeteiligungskultur stadtweit verankern – und insbesondere das Skaterprojekt vor. Wichtig sei hier der angestrebte Schulterschluss von Jung und Alt durch ergänzende Flächen z.B. für BMX-Fahrer, Ruhebereiche und auch die Möglichkeit zur Durchführung von Rollator Training. Begleitend wird der Entwurf eines Werbefilms gezeigt, der bei positivem Votum der städtischen

Gremien im Rahmen der getroffenen Marketingstrategie bei der Sponsorensuche eingesetzt werden soll. Zur Realisierung des Gesamtprojektes sei ein Betrag in Höhe von ca. 400.000 € erforderlich, der umfangreich über Sponsoring eingeworben werden solle. 5.000 Sponsoren hätten bereits ihre Unterstützung zugesichert.

Erster Beigeordneter Maatz führt aus, dass nach dem einleitenden Kontakt zwischen der Bürgermeisterin Frau Mielke-Westerlage und Frau Bundrock-Muhs in der Vorbereitung einige Gespräche mit dem Bereich Jugend und dem Technischen Dezernat erfolgt seien. Mit der heutigen Vorlage, in der alle zu diesem Zeitpunkt bekannten Informationen enthalten seien, könne mit dem Empfehlungsbeschluss an den Ausschuss für Planung und Liegenschaften (APL) der Startschuss für die Umsetzung des Projektes erfolgen. Der ALP müsse dann in eigener Zuständigkeit hinsichtlich der bau- und planungsrechtlichen Belange entscheiden, so dass im Anschluss Klarheit über die Möglichkeiten der Umsetzung bestehen sollte.

Ergänzend trägt Erster Beigeordneter Maatz vor, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung nach Abstimmung im Verwaltungsvorstand um folgenden Zusatz ergänzt werde:

„ .....unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, *sobald die Finanzierung zur Errichtung der Anlage sicher gestellt ist.* Das Grundstück ..... “

Diese Ergänzung solle sicherstellen, dass die vollumfängliche Finanzierung durch Spenden zu erfolgen habe und eine Nachfinanzierung aus öffentlichen Mitteln ausgeschlossen sei.

Fachbereichsleiter Annacker erläutert sodann die für die Kinder- und Jugendarbeit in Meerbusch relevanten Aspekte. So sei Partizipation ein bedeutsamer Wert, den es zu fördern gelte. Bereits in der Vergangenheit sei Partizipation immer wieder gefordert und verwaltungsseitig auch umgesetzt worden. Insbesondere auf die bereits mehrfach geäußerten Wünsche nach Skateranlagen seien jeweils zeitnah Lösungen hergestellt worden. Neu an der im Rahmen des Partizipationsprojektes angestrebten Anlage seien zum einen die besonderen Vorstellungen der Jugendlichen und das sich daraus ergebende Kostenvolumen von geschätzt 400.000 €. Das Vorhaben sei grundsätzlich unterstützenswert und insbesondere die heutigen Akteure sollten noch in den Genuss kommen, ihren Trendsport auf der von ihnen initiierten Anlage ausüben zu können. Fachbereichsleiter Annacker betont aber, dass sich das Partizipationsprojekt nicht auf das Skaterprojekt beschränke, welches als Leuchtturmprojekt herausrage. Vielmehr müsse in vielen Lebensbereichen Demokratie gelebt werden. Das Skaterprojekt werde verwaltungsseitig unterstützt, Umsetzung und Organisation müsse jedoch von den Initiatoren selbst gestemmt werden.

Ratsherr Fliege dankt Frau Bundrock-Muhs für ihr Engagement, bedauert aber auch, dass außerhalb der Skateranlage stattfindende Partizipation in den Hintergrund gerückt sei.

Auf seine ergänzende Nachfrage hinsichtlich des angegebenen Kostenrahmens von 400.000 € erläutert Frau Bundrock-Muhs das geplante weitere Vorgehen. So solle im 1. Schritt die Skateranlage errichtet werden. Dies könne ausschließlich durch eine Fachfirma erfolgen und sei mit ca. 200.000 € veranschlagt. Geplant sei die Errichtung der Betonfläche in einem Guss – umgangssprachlich mit einer „Badewanne“ vergleichbar -, wodurch eine geringere Lärmbelastung und eine verbesserte Reinigungsmöglichkeit der Anlage erreicht werde. Aufgrund des notwendigen schweren Arbeitsgerätes könne erst nach Fertigstellung dieser Skaterfläche mit der Gestaltung der weiteren Bereiche – BMX-Parcours, Chill-out-Area, Rollator-Trainingsbereich, Begrünung – begonnen werden. Hier könne Vieles in Eigenleistung erbracht werden, so dass darüber möglicherweise auch eine Kostensenkung erreicht werden könne. Ziel sei die Eröffnung der Skateranlage im Sommer 2017.

Ratsherr Fliege stellt sodann zur Diskussion, ob die von der Verwaltung vorgesehene Ergänzung des Beschlussvorschlages diese Umsetzung gefährde. Ziel müsse sein, zunächst die Teilfinanzierung zum

Bau der Skateranlage („Badewanne“) abzusichern; danach könne die Umsetzung der weiteren Projektteile begonnen werden.

Ratsherr Wartchow unterstützt das Anliegen, den Ausschluss einer städtischen Beteiligung in der Beschlussfassung abzusichern. Gleichwohl werde für den Bau der Skateranlage nur ein Teilbetrag von 200.000 € benötigt. Es müsse daher sichergestellt werden, dass die Errichtung der „Badewanne“ erfolgen könne, sobald die dafür notwendigen Sponsorengelder eingeworben seien.

Frau Bundrock-Muhs ergänzt ihre Ausführungen, dass sie auch bei der Auflage, bereits vor Baubeginn die volle Sponsorenschulden vorweisen zu müssen, von einer erfolgreichen Umsetzung überzeugt sei. Dies habe aber eine veränderte Marketingstrategie zur Folge. Das Geld müsse dann innerhalb kürzester Zeit eingeworben werden. Grundsätzlich seien die Unterstützer aus unterschiedlichsten Gründen bereit sich einzubringen; dies gelinge besser, wenn bereits Ergebnisse – wie z.B. die „Badewanne“ - vorzuweisen wären.

Im Rahmen der folgenden Diskussion verweist Erster Beigeordneter Maatz nochmals auf den Beschluss des Verwaltungsvorstandes, den Beschlussvorschlag wie vorgetragen zu ergänzen. Davon unbenommen habe der JHA ein eigenes Entscheidungsrecht. Bezüglich des Kostenrahmens weise er darauf hin, dass das Skaterprojekt ein Projekt der querkopf akademie sei und der Stadt keinerlei Projektsteuerung obliege.

Ratsherr Eimer führt sodann aus, dass er die Argumentation der Ratsherren Fliege und Wartchow teile und schlägt daher vor, die von Erstem Beigeordneten Maatz vorgetragene Ergänzung um den für den Bau der Skateranlage erforderlichen Betrag von 200.000 € zu erweitern. Die Errichtung der „Badewanne“ sei hier von entscheidender Bedeutung. Die weiteren Pläne seien ohnehin nur möglich aufgrund der Größe des zur Verfügung zu stellenden Grundstückes. Sein Wunsch wäre die Nutzung des Geländes hinter dem JuCa gewesen, was aufgrund der geringeren Fläche nur den Bau der eigentlichen Skateranlage ermöglicht hätte.

Vorsitzende Schoppe verweist auf den geplanten Schulterschluss von Alt und Jung, was erst durch die Größe des Grundstückes möglich werde.

Ratsfrau Glasmacher dankt zunächst den als Zuhörer anwesenden Kindern und Jugendlichen für ihr großes Engagement. Sie spreche sich für die Unterstützung des Projektes aus und befürworte daher den Ergänzungsvorschlag von Ratsherrn Eimer.

Sachkundige Bürgerin Brennecke spricht sich grundsätzlich für das Projekt und die gelebte Partizipation aus, stellt aber die Auswahl des Grundstückes in Frage. Sie trägt vor, dass die Anwohner bereits jetzt durch Umgebungslärm erheblich belastet seien und eine derart große bauliche Anlage zusätzliche Belastung bedeute. Zudem sei das Grundstück gut angenommen als Erholungsfläche z.B. für Spaziergänger, die dann entfele. Sie bitte daher dringend, die Anwohner in die Planungen einzubeziehen und im Übrigen alternativ die Eignung des freigewordenen Ascheplatzes in Strümp zu prüfen.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert, das von der Stadtplanung ausgewählte Grundstück sei das Ergebnis eines umfangreichen Ausschlussprozesses. Unter Berücksichtigung aller Kriterien sei letztlich das beschriebene Grundstück übrig geblieben. Sollte diese Entscheidung nochmals in Frage gestellt werden, sei eine Eröffnung der Anlage im Sommer 2017 nicht zu realisieren.

Frau Bundrock-Muhs bestätigt zudem, dass der Einsatz von Lärmschutztechniken selbstverständlich sei; das dazugehörige Lärmschutzgutachten sei noch nicht fertig gestellt. Auch die Einbindung der

Nachbarschaft sei selbstverständlich. All dies könne jedoch erst auf den Weg gebracht werden, wenn seitens der Stadt eine positive Entscheidung getroffen sei.

Ratsherr Jörgens berichtet, dass sich auch die FDP-Fraktion ausführlich mit dem Thema befasst habe und richtet zunächst ein Lob an die Jugendlichen für ihren Einsatz. Partizipation sei eines der wichtigsten Themen, allerdings gehöre dazu auch Transparenz und Struktur. Hier kritisiere er, dass zwar offenbar Gespräche geführt worden seien, jedoch nicht auf der politischen Seite. Er habe Zweifel, ob jederzeit alle Informationen geflossen seien und fühle sich beim Fortgang dieses Projektes nicht immer mitgenommen. Auch die Politik habe ein Recht auf Partizipation. Er stelle zudem die Frage nach dem Bedarf für eine so große Anlage, gehe jedoch davon aus, dass die Bereitschaft zum Sponsoring in der erforderlichen Größenordnung für das Projekt spreche. Die Fraktion sei daher zur Unterstützung des Projektes im JHA bereit, die Positionierung im Ausschuss für Planung und Liegenschaften sei hiervon unabhängig.

Frau Bundrock-Muhs verweist auf die bereits im Rahmen der Sozialraumanalyse von Prof. Deinet mit der FH Düsseldorf ermittelte Bedarfslage und ist weiterhin vom Bedarf überzeugt. Durch ein Signal seitens der Politik erhoffe sie sich nochmals eine deutlichere Unterstützung auch in den Schulen.

Ratsherr Lerch spricht den Jugendlichen sein Kompliment aus, kritisiert aber ebenfalls die mangelnde Information der Ratsmitglieder. Auch über die Pläne, die über die Skateranlage hinausgingen, müsse offen gesprochen werden.

Ratsherr Banse spricht sich für die Unterstützung des Projektes aus. Der Träger trage allein die finanzielle Verantwortung für das Projekt, diesen Mut gelte es zu belohnen. Die Stadt verfüge über ausreichende Sicherungsmomente, so dass einer Befürwortung nichts im Wege stehe.

Auch sachkundiger Bürger Marzinzik und beratendes Mitglied von Rundstedt sprechen sich für eine Zustimmung aus.

Hinsichtlich der Formulierung des Beschlussvorschlages einigt sich der Ausschuss nach ausführlicher Diskussion auf eine Fassung, die es der Querkopfakademie ermöglichen soll, auf Grundlage einer abgeschlossenen Teilplanung, 1. zunächst die Finanzierung für die Skateranlage (Badewanne) nachweisen zu können, 2. in der Folge das Grundstück zur Verfügung gestellt zu bekommen und 3. dann mit dem Bau beginnen zu können.

Sachkundige Bürgerin Brennecke ergänzt, dass sie sich mit ihrer Ablehnung nicht gegen die Skateranlage habe aussprechen wollen sondern gegen die Auswahl des Grundstückes.

Abschließend dankt Frau Bundrock-Muhs für die ausgesprochene Unterstützung.

## **11      Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

## **12      Anträge**

**12.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 06.09.2016 zu TOP 3 - Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen**  
**Vorlage: FB2/0140/2016**

Eine Beschlussfassung erübrigt sich. Der Antrag fließt in die vertagte Beratung zu TOP 3 ein.

**13 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Beigeordneter Maatz berichtet kurz über die Teilnahme des Jugendamtes an einem vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen initiierten und geförderten Projektes zur „Qualitätsentwicklung gem. § 79a SGB VIII für das Arbeitsfeld Hilfen zur Erziehung“ und kündigt ausführliche Informationen in der Niederschrift an.

*Ergänzung der Schriftführerin:*

Das Jugendamt Meerbusch hat sich für das Projekt beworben und wurde in die Projektgruppe der 18 Jugendämter aufgenommen.

In einem Zeitraum von September 2016 bis Dezember 2017 wird an dem Aufbau eines systematischen Qualitätsmanagementsystems gearbeitet. Die einzelnen Module sind praxisnah konzipiert und lassen sich auf Arbeitsfelder der Jugendhilfe übertragen.

Themen sind zum Beispiel:

- Grundlagen des Qualitätsmanagements,
- rechtlicher und konzeptioneller Rahmen zur Qualitätsentwicklung,
- Steuerungsmodelle und Methoden zur Qualitätsentwicklung,
- Zusammenarbeit mit Leistungserbringern, Angebotssteuerung,
- Nachhaltigkeit und Fallevaluation,
- lernende Organisation,
- Beteiligung,
- Beschwerdewesen,
- Personalgewinnung, Einarbeitung, Personalerhalt, Personalbemessung,
- Controlling / Fachaufsicht,
- Kinderschutz,
- Leistungen der Jugendhilfe als Schutzkonzept.

Das Projekt wird vom Ministerium gefördert und ist für die teilnehmenden Jugendämter kostenfrei.

Die Stadt Meerbusch stellt die ASD-Leitung für die Teilnahme an der Werkstatt frei (ca. alle 2 Monate jeweils 2 Tage).

**14 Termin der nächsten Sitzung: 17. November 2016**

**15 Verschiedenes**

Erster Beigeordneter Maatz berichtet, dass der Verein Tagesmütter e.V. einen Antrag auf Gewährung eines Betriebskostenzuschusses für 2017 eingereicht habe. Der Antrag werde zur Haushaltsberatung 2017 vorgelegt.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Eimer bezüglich der Versorgungsquote für das Kindergartenjahr 2016/17 berichtet Fachbereichsleiter Annacker, dass in der Ü3-Betreuung nach derzeitigem Stand alle Kinder einen Betreuungsplatz erhalten hätten. Die zusätzliche Gruppe im alten Kindergarten Am Sonnengarten sei zudem noch nicht vollständig belegt, so dass auch Kinder aus dem heranwachsenden Jahrgang noch einen Platz erhalten könnten. In der U3-Betreuung gebe es bekanntermaßen Probleme.

Fachbereichsleiter Annacker teilt weiter mit, dass für die Namensgebung der neuen Einrichtung der „Knirpsmühle“ ein Beteiligungsverfahren mit Eltern und Kindern geplant sei.

Auf Nachfrage von sachkundigem Bürger Marzinzik zum Stand des avisierten Ausbaus in der Kindertageseinrichtung „Nepomuk“ berichtet Erster Beigeordneter Maatz, dass die Abstimmungsgespräche mit dem Träger liefen. Die Verhandlungen seien auf einem guten Weg.

Meerbusch, den 19. September 2016

---

Petra Schoppe  
Ausschussvorsitzende

---

Angela Römmeler-Graf  
Schriftführer/in